

FORUM

Leserecho & Nachrichten

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Sicherheit geben

Film löst heftige Debatte um Erziehungs-Methoden aus. Es ist leider offensichtlich, dass immer mehr Eltern mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind. Vielen von ihnen ist nicht klar, dass Kinder von Anfang an einen fest strukturierten Tagesablauf mit den immer gleichen Regeln benötigen, zum Beispiel feste Ruhe- und Essenszeiten. Denn diese Regeln geben den Kindern jenes Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit, das sie für den Wachstumsprozess dringend benötigen.

Thomas Wohlfrieden, Mülheim

Im Glashaus

Nach dem Mord ein Handschlag. Der türkische Präsident fordert eine Gerichtsverhandlung in der Türkei: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

Martina Scholten, Bochum

Nicht zu verstehen

Polizei darf Demonstranten nicht fotografieren. Es darf bei Demonstrationen nicht der Eindruck staatlicher Überwachung entstehen? Bei manchen Entscheidungen unserer Richter kann ich nur noch den Kopf schütteln. Genau das Gegenteil ist der Fall! Deutlich sichtbare Präsenz des Staates durch die Polizei ist in der Lage, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und Eskalationen zu verhindern. Das wünscht sich der Bürger zu seiner Sicherheit vom Staat.

Jürgen Karl, Heiligenhaus

Unwählbar

Merkels Diesel-Kurs fällt durch. Welcher Kurs? Zumindest die Dieselfahrer haben erkannt, dass diese Frau, die seit vielen Jahren alles aussitzt, nicht wählbar ist.

Horst Meyer, Bochum



Bitte senden Sie Ihre Meinung mit Namen und Wohnort an meinungsforum@waz.de

Wir behalten uns das Recht vor, Ihre Einsendung zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

LEUTE

Michelle Müntefering im UN-Sicherheitsrat



Aachen. Kultur- und Bildungs-Staatsministerin Michelle Müntefering spricht heute vor dem Sicherheitsrat der Ver-

Empörung über Kardinal Woelki

Erzbischof verhinderte die Berufung eines Professors. Theologen sehen Angriff auf Wissenschaftsfreiheit. NRW-Wissenschaftsministerium räumt Fehler ein

Von Christopher Onkelbach

Essen. „Das ist ein Beispiel für den ausufernden Machtanspruch der katholischen Kirche.“ So beurteilt der Bochumer Theologe Georg Essen die Einmischung des Kölner Kardinals Rainer Maria Woelki bei der Berufung eines Professors an der Uni Bonn. Woelki habe mit seiner Intervention das Ansehen der Theologie beschädigt und der Wissenschaft geschadet, sagt Essen dieser Zeitung. Zudem sei die Beschwerde rechtswidrig gewesen.

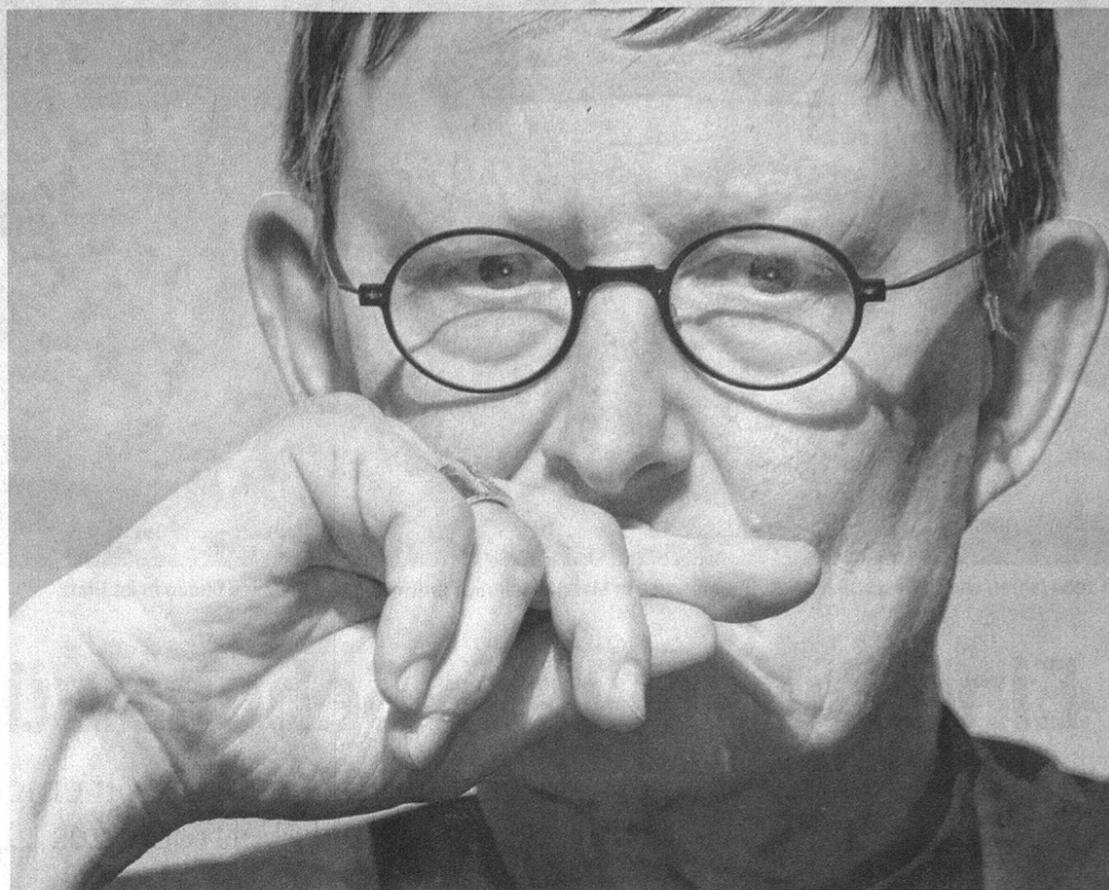
Die heftige Kritik bezieht sich auf einen Vorgang vor zwei Jahren. Leidtragender ist der Paderborner Theologe Joachim Negel (56), der nicht wie geplant die Bonner Professur für Dogmatik an der katholisch-theologischen Fakultät erhalten wird. „Ich habe zwei Jahre geschwiegen“, sagt Negel dieser Zeitung. „Doch als vor wenigen Tagen das Bistum den Einspruch damit begründete, die Uni habe in dem Berufungsverfahren den Grundsatz der Bestenauslese missachtet, konnte ich das nicht auf mir sitzen lassen.“ Negel empfindet das als „ehrschneidend“.

Kurzer Draht zur Landesregierung

Seither steht das Kölner Bistum in der Kritik. Die Zunft der Theologen ist aufgebracht, sie sehen die Freiheit der Wissenschaft gefährdet. Woelki sei es vor allem darum gegangen, einen eigenen Kandidaten auf den Posten zu hieven und habe damit die Regeln des Konkordats gebrochen (siehe Infokasten).

Tatsächlich hat der Bischof das Recht, in Berufungsverfahren der katholischen Theologie an staatlichen Universitäten ein Wort mitzureden. Das Prozedere sieht vor, dass die Universität den Namen des Kandidaten an das Wissenschaftsministerium weitergibt. Die Landesregierung bittet anschließend den Bischof um eine „kirchliche Unbedenklichkeitsbescheinigung“, das „Nihil obstat“.

Diese Stellungnahme darf sich aber nur auf die Kriterien Rechtgläubigkeit und Lebensführung des Kandidaten beziehen. „Nur dazu darf sich der Bischof äußern“, stellt Essen, Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft katholische Dogmatik und Fundamentaltheologie“, klar. „Nicht aber zur päd-



Der Kölner Erzbischof Rainer Maria Woelki steht auch unter Theologen in der Kritik.

FOTO: IMAGO

gogischen oder wissenschaftlichen Qualifikation.“ An Negels Eignung, der an der Theologischen Fakultät im schweizerischen Fribourg lehrt, gab es keinen Zweifel. Dennoch stoppte die Uni auf Woelkis Beschwerde hin das Berufungsverfahren. Nach den Gründen gefragt, gibt sich die Universität schmallippig: „In Berufungsangelegenheiten sind wir zur Verschwiegenheit verpflichtet.“

Dabei war schon alles geklärt, erzählt Negel. Zum Wintersemester 2016/17 sollte er seine Stelle antreten. Das abschließende Gespräch mit dem Bonner Rektorat am 13. September 2016 sollte also eine

reine Formsache sein. Doch als Negel morgens das Unigebäude betrat, war der Termin zu seiner Überraschung abgesagt worden.

Was war passiert? Kardinal Woelki hatte sich an die damalige rotgrüne Landesregierung unter Hannelore Kraft gewandt und Negels fachliche Eignung in Frage gestellt. Die Bonner Fakultät habe im Berufungsverfahren ihre Verpflichtung zur „Bestenauslese“ verletzt, hieß es. Die damalige Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) gab Woelkis Bedenken an die Universität weiter, worauf die Berufsliste nach anfänglicher Gegenwehr gekippt wurde. Woelkis Interven-

tion bei Schulze nennt Essen „übergreifend und rechtswidrig“. Doch auch das Ministerium habe eine unrühmliche Rolle gespielt. „Es ist völlig unverständlich, dass das Land der Beschwerde nachgekommen ist.“ Auch die Uni hätte nicht darauf reagieren dürfen.

Ministerium war nicht zuständig

Auf Nachfrage bestätigt das Wissenschaftsministerium indirekt, dass damals wohl nicht korrekt gehandelt wurde: Das Land habe zwar die Rechtsaufsicht über die Hochschulen, aber „die inhaltlichen und fachlichen Fragen eines Berufungsverfahrens unterliegen nicht der Rechtsaufsicht“ – und damit nicht dem Ministerium. Georg Essen: „Damit gibt das Land zu, dass es nicht zuständig war und bestätigt, sich damals rechtswidrig verhalten zu haben.“

Joachim Negel ist heute noch sauer: „Dass die Ministerin sich auf Woelkis Kungelei eingelassen und die Uni dabei mitgespielt hat, finde ich empörend.“ Dennoch sei die Sache für ihn nun abgeschlossen. „Ich fühle mich mittlerweile sehr wohl hier in der Westschweiz.“

Das Preußenkonkordat

■ Das Konkordat von 1929 regelt die Beziehungen zwischen dem Staat und der katholischen Kirche.

■ In dem Dokument heißt es: „Bevor an einer katholisch-theologischen Fakultät jemand zur Ausübung des Lehramts ange-

stellt oder zugelassen werden soll, wird der zuständige Bischof gehört, ob er gegen die Lehre oder den Lebenswandel des Vorgeschlagenen begründete Einwendungen zu erheben habe. Die Anstellung oder Zulassung eines derart Beanstandeten wird nicht erfolgen.“

Beratungsbedarf zum Thema Salafismus in NRW weiter hoch

Westfalen verschiebt Pilottest mit Gesundheitskarte

Digitale Plattform für Lehrer startet

Nach Pannen geht „Logineo“ in Testphase

Düsseldorf. Die Digitalisierung der NRW-Schulen kommt einen entscheidenden Schritt voran. „Die digitale Arbeitsplattform Logineo steht kurz vor der Abnahme und geht in diesen Wochen in den Testbetrieb“, sagte Mathias Richter, Staatssekretär im NRW-Schulministerium, der „Rheinischen Post“. Die Einführung laufe nach Plan. „Damit bekommen die Lehrer zwar dienstliche Mailadressen, einen Datensafe und vieles mehr, einen Dienst-Laptop ersetzt das aber nicht“, schränkt Richter zugleich ein.

Die Arbeit an „Logineo“ war von Pannen begleitet. Eigentlich sollte die Plattform nach zweijähriger Entwicklungsphase zum laufenden Schuljahr 2017/18 einsetzbar sein. Doch das Projekt, das noch die rotgrüne Vorgängerregierung angeschoben hatte, musste wegen Mängeln bei Sicherheit und Technik verschoben werden.

„Logineo“ soll zunächst vier Monate an 20 Schulen in NRW getestet werden. Vom Beginn des zweiten Schulhalbjahres im Februar 2019 an soll „Logineo“ nach und nach überall in Nordrhein-Westfalen eingeführt werden. Mit Hilfe der digitalen Schulplattform können Lehrer sichere dienstliche Mailadressen einrichten und vertrauliche Dokumente abspeichern. *dpa*

Grundschulen müssen mit weniger Lehrern auskommen

Essen. Lehrkräfte sind an den Schulen im Ruhrgebiet äußerst ungleich verteilt. Das geht aus Antworten des Schulministeriums auf kleine Anfragen der SPD-Fraktion zum Stellenbedarf und der Personalausstattung an öffentlichen Schulen in NRW-Städten hervor. Während es unter den Grundschulen Einrichtungen gibt, die mit weniger als drei Viertel der zugesagten Lehrkräfte auskommen müssen, erreichen Gymnasien und Gesamtschulen im Schnitt fast Vollbesetzung.

SPD-Fraktionsvize Eva-Maria Voigt-Küppers nennt die geringere Bezahlung von Grundschullehrern als einen Grund. „Wir fordern die gleiche Anerkennung für die Arbeit aller Lehrkräfte und die gleiche Besoldung unabhängig von der Schulform“, so Voigt-Küppers. Laut der NRW-Landesregierung bestehe künftig ein Überhang von 16.000 Lehramtsabsolventen für Gymna-